

# BESCHLUSS

---

**des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 20. Juni 2022**

---

## Mit der Rückkehr zur Schuldenbremse den finanzpolitischen Ausnahmezustand beenden: Inflation bekämpfen, Entlastungen priorisieren, Investitionsanreize setzen

Wir erleben aktuell eine Zeitenwende in sämtlichen Bereichen. Langjährige Gewissheiten und Glaubenssätze verlieren an Bedeutung – vieles muss neu gedacht werden. Nicht zuletzt die größte Preissteigerung seit fast 50 Jahren stellt unser Land vor große Herausforderungen. Sie hat zur Folge, dass das alltägliche Leben teurer wird. Dies macht sich im Supermarkt, an der Tankstelle und beim Wohnen immer stärker bemerkbar. Die Kaufkraft der Menschen sinkt, über Jahre aufgebaute Sparguthaben verlieren an Wert. Der Traum vom Eigenheim oder einer größeren Mietwohnung rückt für viele ebenfalls in weite Ferne. Eigentlich selbstverständliche Dinge wie der Wocheneinkauf werden für viele Menschen zunehmend zu einem finanziellen Problem.

Auch der Wirtschaft geben diese Entwicklungen Anlass zur Sorge. Denn viele Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, beklagen neben steigenden Energiepreisen auch unterbrochene Lieferketten, Material- sowie Fachkräftemangel. Hinzu kommt die Unsicherheit über künftige Auswirkungen des Krieges in der Ukraine sowie weitere globale Entwicklungen. Auch für den Staat hat die Entwicklung enorme Folgen. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Entwicklung der Zinskosten: Für den Bundeshaushalt können diese von vier Milliarden Euro im Jahr 2021 auf bis zu 30 Milliarden Euro im Jahr 2023 steigen.

Diese Entwicklung ist ein Signal zur Umkehr: Wir müssen erstens zurück zur Schuldenbremse. Haushaltspolitische Disziplin und vernünftige Prioritätensetzung sind die Gebote der Stunde. Es können schlicht nicht mehr jeder Wunsch und jeder vermeintlich sinnvolle staatliche Ausgabenwunsch finanziert werden. Zweitens muss wieder Erwirtschaften vor Verteilen kommen. Neben der Entlastung der Menschen und der Wirtschaft von hohen Kosten müssen wir deshalb Investitionsanreize setzen und Wachstumsbremsen lösen.

Die Bundesregierung hat mit den Entlastungspaketen verschiedene Maßnahmen zur Abfederung der gestiegenen Kosten auf den Weg gebracht. Klar ist aber, dass der Staat steigende Preise nicht auf Dauer ausgleichen kann. Ebenso darf der Staat nicht selbst zum Treiber der Inflation werden. Wir wollen daher eine Politik, die auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und den bewährten Grundsätzen der liberalen Ordnungspolitik, der Technologieoffenheit und der soliden Finanzen basiert. Debatten zur Einführung einer „Übergewinnsteuer“, eines „Verbrenner-Verbotes“, von Fahrverboten, eines Tempolimits oder eines „Merz-Soli“ führen uns hingegen nicht zum Ziel.

Bereits heute gehört Deutschland zur Weltspitze bei Steuern und Abgaben. Höhere oder gar neue Steuern können daher gerade in der aktuellen Situation nicht die Lösung sein. Notwendige Entlastung darf nicht mit schädlicher Belastung verbunden werden. Statt neuer Subventionen und neuer Schulden fordern wir eine Steuerreform, die insbesondere kleine und mittlere Einkommen entlastet.

Mit einer verantwortungsvollen Finanzpolitik wollen wir die Alterssicherung stabilisieren, Spielräume für die nächsten Generationen schaffen und zugleich Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Daher muss es im Jahr 2023 eine Rückkehr zur Schuldenbremse geben. Staatliche Ausgaben müssen neu priorisiert werden.

Unsere Regierungsverantwortung wollen wir nutzen, um Wohlstand sowie individuelle Aufstiegschancen zu ermöglichen und die Wirtschaft der Zukunft zu gestalten. Durch Wachstum und Innovation können wir die bevorstehenden Herausforderungen bewältigen und ein Jahrzehnt der Modernisierung und der Chancen einleiten.

## **I. Finanzpolitischen Ausnahmezustand beenden, Entlastungen priorisieren und Inflation wirksam bekämpfen**

Wir Freie Demokraten setzen bei der Bekämpfung der Inflation auf eine solide Finanzpolitik und gezielte Entlastungen.

- **Schnelle Rückkehr zur Schuldenbremse** mit dem Bundeshaushalt 2023: Die Einhaltung der Schuldenbremse ist nicht nur ein Gebot des Grundgesetzes, sondern auch ein klares finanzpolitisches Signal der Inflationsbekämpfung an die Märkte und die europäischen Partner.
- **Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts** zur konsequenteren Durchsetzung ja, Aufweichen nein: Die Inflation im Euroraum kann nur erfolgreich bekämpft werden, wenn alle Mitgliedstaaten Verantwortung übernehmen.
- **Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags** auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer ist unser Gegenmodell zum Merz-Soli, den der CDU-Vorsitzende vorgeschlagen hat. So können wir Anreize zu privaten Investitionen insbesondere von Personengesellschaften und Familienbetrieben setzen und die Knappheiten beseitigen, die gegenwärtig zu immer höheren Preisen führen.
- **Ausgleich der kalten Progression** bei der Einkommensteuer: Die hohe Inflation führt zu einem überproportional hohen Anstieg der Einkommensteuer. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen höhere Steuern ohne real mehr Einkommen verfügbar zu haben. Diese kalte Progression wollen wir ausgleichen, sobald im zweiten Halbjahr der amtliche Steuerprogressionsbericht vorliegt. Neben dem Ausgleich der Progression wollen wir auch den Tarifverlauf strecken, um die besondere Belastung für Menschen mit mittleren Einkommen (sog. Mittelstandsbauch) zu reduzieren. So würden die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zielgenau entlastet.
- **Belastungsmoratorium und Bürokratieabbau:** Neue bürokratische und steuerliche Belastungen können eine positive wirtschaftliche Entwicklung ausbremsen. Dies gilt auch für die Übererfüllung von EU-Rechtsakten („Gold Plating“). Im aktuellen Umfeld hoher wirtschaftli-

cher Unsicherheit kann ein Belastungsmoratorium der Stützung der Investitionstätigkeit dienen. Dazu wollen wir in Deutschland und Europa Bürokratie auf den Prüfstand stellen und abbauen – besonders für kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

- **Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer:** Wir Freie Demokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum entlasten. Dazu wollen wir bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu 500.000 Euro für natürliche Personen einführen.
- **Die Doppelbesteuerung von Renten** wollen wir beenden und die vollständige Absetzbarkeit der Rentenbeiträge auf den Weg bringen. Dabei gehen wir über die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hinaus.
- Die jüngste Ankündigung der **Europäischen Zentralbank (EZB)**, keine weiteren Anleihen mehr aufzukaufen und erste Zinserhöhungen vorzunehmen, begrüßen wir Freie Demokraten sehr als überfälligen Schritt. Denn längst schürt die Teuerung Zweifel an ihrer Geldpolitik. Doch kann es dabei angesichts der weiterhin steigenden Inflationsprognosen für die nächsten Jahre nicht bleiben. Für die Rückkehr zur Preisstabilität und zur Vermeidung der Lohn-Preispirale braucht es eine entschlossene und konsistente Geldpolitik der EZB. Mit verantwortungsvoller und stabilitätsorientierter Fiskalpolitik müssen die Eurostaaten hierbei die Unabhängigkeit der EZB unterstützen.
- **Keine Steuererhöhungen – auch nicht über die europäische Ebene:** Auch nicht auf dem Umweg der Einführung neuer Eigenmittel auf EU-Ebene darf es zu einer Mehrbelastung der Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Deutschland kommen.

## II. Investitionsanreize für Wachstum setzen

Wir Freie Demokraten wollen unser Land wieder auf Wachstumskurs bringen. Dazu schlagen wir gezielte Anreize für Investitionen vor.

- **Freihandelsabkommen:** Freier Handel und faire Investitionsbedingungen sind nicht nur ein Katalysator für die starken exportorientierten Unternehmen in Deutschland. Sie erlauben Deutschland auch stärker diversifizierte und damit zuverlässigere Importquellen. Daher verfolgen wir das Ziel eines transatlantischen Wirtschaftsraums sowie einer schnellstmöglichen Ratifizierung des EU-Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA).
- **Mitarbeiterkapitalbeteiligung:** Start-ups brauchen motivierte und gut qualifizierte Mitarbeiter. Der Lohn der Mitarbeiter ist das Kapital für die Investitionen der Zukunft. Um diesen Schatz zu heben, erhöhen wir die steuerliche Attraktivität insbesondere für Start-ups und ihre Mitarbeiter weiter.
- **Aktienrente einführen, betriebliche Altersvorsorge für Wagniskapital öffnen:** Vorsorgen heißt nicht sorgen! Wir Freie Demokraten wollen die Aktienrente als eine zusätzliche Säule der Gesetzlichen Rentenversicherung schnellstmöglich einführen und sukzessive auf- und ausbauen. Zudem wollen wir von institutionellen Anlegern wie Pensionskassen verwaltetes Sparkapital durch eine Reform von Solvency II für die Investitionen und Ertragschancen der Zukunft aktivieren.

- **Qualifizierte Zuwanderung erleichtern:** Um zunehmende Fachkräftengpässe zu reduzieren, wollen wir die qualifizierte Einwanderung stärken. Es ist zudem wichtig, dass die Integration von flüchtenden Menschen rasch gelingt. Ganz aktuell gilt das ganz besonders für Flüchtende aus der Ukraine. Auch Menschen aus Russland, die vor dem Putin-Regime entflohen, müssen wir einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.
- **Wohnungsneubau unterstützen:** Als Gegenmodell zu immer mehr Subventionen heben wir die lineare Abschreibung für den Wohnungsneubau von zwei Prozent auf drei Prozent an. Das befördert Investitionen in neuen Wohnraum.
- **Finanzmarkt zum Motor für Innovation und Wachstum machen:** Für die Innovationsfähigkeit unseres Landes kommt den Kapitalmärkten eine besondere Bedeutung zu. Sie finanzieren nicht nur private Investitionen, sie ermöglichen den Bürgerinnen und Bürgern auch Kapitalvermögen aufzubauen. Wir wollen, dass der Finanzplatz zum Motor für Innovation und Wachstum wird und machen den Kapitalmarkt in Deutschland attraktiver.
- **Finanzstandort stärken:** Durch ein umfassendes Finanzstandortstärkungsgesetz, das Wertpapierkultur und Vermögensaufbau in Deutschland multiperspektivisch stärkt, wollen wir Freie Demokraten die privaten Investitionen in Deutschland dauerhaft erhöhen. So kann es uns gelingen, die Angebotsbedingungen in allen Sektoren der Volkswirtschaft zu verbessern und auf einen höheren Wachstumspfad zu gelangen.
- **Leistungsfähigkeit des deutschen Kapitalmarkts stärken, Attraktivität des deutschen Finanzstandorts erhöhen:** Insbesondere Start-ups, Wachstumsunternehmen sowie kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir den Zugang zum Kapitalmarkt und die Aufnahme von Eigenkapital erleichtern. So können wir unser Ziel aus dem Koalitionsvertrag umsetzen, Deutschland zum führenden Standort für Start-ups und Wachstumsunternehmen zu machen.
- **Verwaltungsleistungen konsequent digitalisieren und Online-Zugangsgesetz (OZG) zügig umsetzen:** Die Chancen der Digitalisierung sind gerade im Bereich der Verwaltung enorm. Viele Verwaltungsvorgänge ließen sich online, ohne langwierige Terminabsprache und persönliches Erscheinen auf der Behörde, erledigen. Eine digitale Verwaltung ist nicht nur eine die effizienter arbeitet, sie ist auch bürgerfreundlicher.  
Um die Digitalisierung in Deutschland, insbesondere im Bereich der Verwaltung voranzutreiben, braucht es einen echten, spürbaren Digitalisierungsschub. Dazu müssen die Behörden von Bund, Länder und Kommunen mit ausreichend Ressourcen ausgestattet werden, um ihre Fachverfahren sowie die IT-Infrastruktur weiter zu modernisieren. Auch das „OZG 2.0“ muss endlich auf den Weg gebracht werden, damit neue Ziele gesetzt und erreicht werden können.
- **Individuelles, digitales Mobilitätsangebot für alle:** Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen sind sehr unterschiedlich. Es ist unsere Aufgabe, diesen unterschiedlichen Ansprüchen das jeweils bestmögliche Angebot gegenüber zu stellen. Dank der Digitalisierung können wir ganz neue Mobilitätsangebote entwickeln, die individuell auf die Situation der Menschen passen. Das 9-Euro-Ticket gibt Schub für Neues und bietet die Möglichkeit, den ÖPNV neu zu strukturieren und grundlegend zu verbessern. Ziel ist es, den Bürgerinnen und Bürgern das bestmögliche Mobilitätsangebot, zugeschnitten auf das individuelle Bedürfnis zu machen – am besten in einer verkehrsträgerübergreifenden bundesweiten „Mobilitäts-App“.

Statt auf Tempolimits, Fahrverbote oder ein pauschales Verbot des Verbrennungsmotors setzen wir auf Technologieoffenheit und Innovation.

- **Tempo beim Glasfaser- und Mobilfunkausbau steigern:** Gerade in einer Zeit tiefgreifender technologischer und geopolitischer Veränderungen sind eine leistungsfähige digitale Infrastruktur sowie die Verfügbarkeit von modernen Telekommunikations- und Glasfasernetzen unverzichtbar für die Zukunftssicherung unseres Landes. Und nicht nur das – sie ist Voraussetzung für die erfolgreiche digitale Transformation. Mit der Gigabitstrategie wollen wir den Ausbau schneller und effizienter machen: Das heißt Glasfaser bis ins Haus und den neusten Mobilfunkstandard bis 2030. Bis 2025 soll die Anzahl der Anschlüsse verdreifacht werden.
- **Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung vorantreiben – in Deutschland und der EU:** Egal ob Breitbandausbau, Bahnstrecke, Umgehung oder Radweg – viele Infrastrukturmaßnahmen dienen dazu, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern und die Gesellschaft mobil zu halten. Planungszeiträume von teilweise über einem Jahrzehnt machen es dem Staat unmöglich, den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen schnell die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, die sie benötigen. Die enormen Planungszeiträume erschweren die Anpassung der Gesellschaft an eine sich schnell ändernde Umwelt. Egal ob Klimawandel oder Digitalisierung, wir werden uns nur erfolgreich an neue Gegebenheiten anpassen können, wenn wir schneller planen, schneller umsetzen, schneller bauen. Mit Hilfe der Digitalisierung ist es möglich, Verfahren zu vereinfachen, zum Beispiel im Baubereich durch konsequente Nutzung von Building Information Modeling (BIM). Auch das Antrags- und Beteiligungsverfahren bietet vielseitige Möglichkeiten, Prozesse zu digitalisieren. Wir unterstützen entsprechende Initiativen der EU-Kommission – wie zum Beispiel REPowerEU – für entsprechende Planungsbeschleunigung auf europäischer Ebene.
- **Steuererklärung per App ermöglichen:** Wir entwickeln gemeinsam mit den Ländern ein einfaches Verfahren, mit dem die Bürgerinnen und Bürger mit ein paar wenigen Klicks eine Steuererrückerstattung bekommen können, ohne eine aufwendige Steuererklärung ausfüllen zu müssen.